

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
Seminar für Politische Wissenschaft
Professor Dr. Uwe Holtz

Am Hofgarten 15
D - 53113 Bonn
Tel.: 73 76 78
Fax 0228/25 94 85
E-Mail:UHoltz@aol.com
Homepage: <http://hss.ulb.uni-bonn.de/90/uholtz>

Ergebnisse des Weltnachhaltigkeitsgipfels 26.8.-4.9. 2002 in Johannesburg -
Perspektiven für Bonn

(Beitrag auf der Sitzung des Ratsausschusses für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda der
Bundesstadt Bonn am 19.11.02)

Der Weltnachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg brachte vier Ergebnisse: ¹

1. Die Politische Erklärung
2. Den Aktionsplan (Plan of Implementation)
3. Die freiwilligen Partnerschaftsinitiativen, die zu mehr als 200 konkreten Vereinbarungen z. B. zwischen einer UN-Organisation, der Privatwirtschaft und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Armutsbekämpfung geführt haben
4. Hunderte von Kolloquien, Konferenzen, Ausstellungen, Diskussionen am Rande des offiziellen Gipfels (organisiert etwa von den Kommunen Gewerkschaften, der Privatwirtschaft und Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Abgeordneten, der Bundesregierung oder der NRW-Landesregierung)

Für viele Beobachter und Medien war der Johannesburggipfel ein Fehlschlag und eine verpasste Gelegenheit. Ich teile diese negative Sicht nicht. Ja, es gab auch Enttäuschungen (etwa darüber, dass das Thema Bevölkerungswachstum in den offiziellen Dokumenten ebenso wenig Erwähnung fand wie das Leitbild einer öko-sozialen Marktwirtschaft), aber die Fortschritte überwiegen.

Entscheidend wird sein, was in Zukunft von Johannesburg wie umgesetzt wird. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung kommt dabei auch der kommunalen Ebene zu, weil die Eine Welt vor Ort - ebenso wie eine nachhaltige Entwicklung - beginnt, aber nicht dort endet.

¹ U. Holtz nahm am Gipfel auf Einladung des UN-Generalsekretärs als Mitglied des UNO-Beirats für Armutsbekämpfung und Umweltschutz (mit besonderem Fokus auf die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung) teil.

Ich rate im Übrigen davon ab, die jeweiligen Handlungsebenen gegeneinander auszuspielen. Global denken - lokal handeln. Ja. Aber genauso richtig ist: Lokal denken und global handeln. Jede politische Ebene, also auch die nationale wie die EU-Ebene, muss das tun, was sie am besten zur Umsetzung von Johannesburg beitragen kann.

Die beiden offiziellen Gipfel-Papiere, die Politische Erklärung und der Aktionsplan, mussten in z. T. äußerst schwierigen Verhandlungen auf Regierungsebene mit der Beteiligung von 192 Staaten einem Konsens-Beschluss zugeführt werden. Die von einigen geäußerte Kritik, man habe sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt, ist insofern wohlfeil.

Drei große Gruppen agierten in Johannesburg: die Entwicklungsländer einschl. Chinas, die EU-Länder sowie die USA oft zusammen mit Japan, Australien, Neuseeland und der Schweiz. In einigen Fragen gab es aber auch gruppenüberschreitende Koalitionen; so etwa in der Frage der Geburtenkontrolle die USA und der Vatikan zusammen mit islamischen Ländern.

Beide Papiere können *qua definitione* gar nicht verbindliche Beschlüsse für alle teilnehmenden Länder darstellen. Da hat ja kein dementsprechend legitimes Weltparlament getagt. Es handelt sich um Willenserklärungen und Wegmarken in Richtung auf eine bessere, überlebensfähige Welt.

In der Politischen Erklärung haben die Staats- und Regierungschefs die weltweite Bedeutung nachhaltiger Entwicklung und von Armutsbekämpfung, Klima- und Ressourcenschutz bekräftigt.

Als Fortschritte gegenüber dem Rio-Gipfel über Umwelt und Entwicklung von vor zehn Jahren werde ich folgende Erkenntnisse und Ziele:

1. Für mich als Politikwissenschaftler und Demokrat am wichtigsten, und zwar von Bonn bis Zimbabwe: Als unabdingbar für nachhaltige Entwicklung werden in den beiden offiziellen Dokumenten anerkannt: Demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschl. der Achtung der kulturellen Vielfalt, die Gleichstellung der Geschlechter, gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Korruptionsbekämpfung. Wie oft hat man früher aus Entwicklungsländern gehört: Erst Entwicklung - dann Demokratie.

2. Damit wurden endlich die politischen Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung gebührend betont. Johannesburg bekräftigte die drei Rio-Pfeiler (Strebebögen) von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, erweiterte sie aber zugleich durch die Aufwertung der politischen Dimension um einen vierten Pfeiler. Alle sind interdependent und stützen sich gegenseitig. Sie bilden das Paradigma einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung, das zugleich auch Frieden und Sicherheit schafft und braucht.

3. Globalisierung spielte in den Rio-Dokumenten noch keine Rolle - ganz anders in Johannesburg. Hier werden die Chancen und Gefahren der wirtschaftlichen Globalisierung erkannt, Kosten und Nutzen bilanziert: „Mit der Globalisierung haben externe Faktoren ausschlaggebende Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der einzelstaatlichen Bemühungen der Entwicklungsländer angenommen.“ Politische Erklärung wie Aktionsplan fordern eine gute Weltordnungspolitik, die Ausrichtung der Globalisierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und bei der Umsetzung der Agenda 21 die Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte. Auch dank des Widerstandes der EU-Mitgliedstaaten und der Wachhund-Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen konnte eine Unterordnung der UN-Umweltabkommen unter die Regeln der Welthandelsorganisation vermieden werden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in Johannesburg vor allem mit drei Initiativen politische Führung bewiesen:

- Die Bundesregierung wird sich an dem in Johannesburg beschlossenen weltweiten Netzwerk der Energieagenturen beteiligen.
- Deutschland wird die im Energiebereich schon erfolgreiche Zusammenarbeit insbesondere mit den Entwicklungsländern zu einer wirklich strategischen Partnerschaft ausbauen.
- Deutschland lädt zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien ein. Ziel ist, nachhaltige Energiesysteme zu fördern und in den Dienst der Armutsbekämpfung zu stellen. Die Bundesregierung will damit im Energiebereich an das anknüpfen, was Ende letzten Jahres mit der Bonner Wasserkonferenz erreicht wurde.

Den beiden starken deutschen Verhandlungsleitern in Johannesburg, der Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul und dem Umweltminister Trittin, ist in ihren Schlussfolgerungen zum

Weltnachhaltigkeitsgipfel zuzustimmen:²

Städte und Gemeinden bieten durch ihre internationale Kooperationen und durch die Agenda 21-Arbeit den Einzelnen Raum, einen aktiven persönlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und sozialer Entwicklung zu leisten.

Nur starke, dezentralisierte Kommunalverwaltungen, die im Austausch mit ihren Bürgerinnen und Bürgern stehen, diese beteiligen und die partnerschaftlich mit ihren jeweiligen Staatsregierungen kooperieren, sind in der Lage, eigene Beiträge zur globalen Nachhaltigkeit zu leisten.

Den Kommunen kommt bei der Umsetzung der Ergebnisse von Johannesburg und der dort vereinbarten Ziele eine wichtige Rolle zu, insbesondere für die Bereiche

- Trinkwasser, sanitäre Grundversorgung - Halbierung des Anteils von Menschen ohne Zugang zu Abwasserentsorgung und sauberem Trinkwasser bis 2015,
- Energie - deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Energieversorgung
- Chemikalien - Minimierung der Gefahren für Mensch und Umwelt bis 2020,
- Natürliche Ressourcen und Artenvielfalt - Entwicklung von Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen bis 2005 und deutliche Reduzierung des Rückgangs der Artenvielfalt bis 2010; (+ U.H.: Bekämpfung der Bodenerosion, Landdegradation, Wüstenbildung - Johannesburg wertete die entsprechende UN-Konvention dadurch auf, dass diese Konvention jetzt auch durch den Finanzmechanismus der Globalen Umweltfazilität unterstützt wird - ein Durchbruch, über den sich das entsprechende Bonner UN-Sekretariat und der UNO-Beirat, dem ich anhöre, freuen; gerade für die ländliche Entwicklung, für Armutsbekämpfung und Umweltschutz und die Vermeidung der Migration aus den Dörfern in die Städte ist diese Konvention von großer Bedeutung,)
- Gesundheit - Stärkung der Gesundheitsdienste, Patente sollen armen Ländern nicht die Nutzung moderner Medikamente vorenthalten, Frauen sollen verbesserten Zugang zu medizinischer Versorgung bekommen. (Auf deutsche Initiative hin konnte verhindert werden, dass im Bereich Gesundheit die Menschenrechte relativiert wurden. Niemand kann sich auf angebliche kulturelle oder religiöse Traditionen berufen, wenn sie gegen die Menschenrechte

² Vgl. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Die Eine Welt beginnt vor Ort, in: Stadt und Gemeinde, 9/2002; Jürgen Trittin, Nachhaltigkeit nicht ohne Kommunen - Die Agenda 21 und die Rolle der Kommunen, in: Stadt und Gemeinde 10/2002: „Es kommt nun darauf an, die Agenda 21 von Rio und die in Johannesburg neu festgelegten Ziele mit Leben zu erfüllen und die Lokalen Agenda-Prozesse und ihre Umsetzung zu verbreitern und zu forcieren. Projekte mit unmittelbarer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der weltweite Austausch von Erfahrungen können der nachhaltigen Entwicklung sowie dem kommunalen Zusammenleben neue Impulse geben. Sie eröffnen neue Gestaltungsspielräume, die von der Schaffung von mehr Lebensqualität bis zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze genutzt werden können.“

verstoßen.)

Fünf Perspektiven sehe ich für Bonn: ³

1. Die Universität Bonn und die anderen wissenschaftliche Einrichtungen im Bonner Raum sollten sich in Lehre, Forschung und Drittmittelwerbung wie -nutzung dem Rio/Johannesburg-Ziel einer „nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung“ verpflichtet fühlen.
2. Die Orientierung der städtischen Politik in Bonn am Leitbild einer nachhaltigen, menschenwürdigen und zukunftsfähigen Entwicklung und die Integration des Agenda-Prozesses in alle Fachbereiche der Verwaltung sollten kohärent und stringent erfolgen.
3. Die Bundesstadt Bonn sollte ihre Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Gemeinden in Deutschland und im Ausland noch besser im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nutzen, und dabei auf die Unterstützung und kritische Begleitung durch Nichtregierungsorganisationen, die Privatwirtschaft, die Wissenschaft wie auch einzelne Bürgerinnen und Bürger zählen können.
4. Die Bundesstadt Bonn sollte die anvisierte internationale Konferenz über erneuerbare Energien (sie soll 2003/04 in Bonn stattfinden) mit begleiten und zusammen mit der

³ Unter Berücksichtigung der auf die Wissenschaft und deren Bedeutung für nachhaltige Entwicklung bezogenen Passagen des Aktionsplans und der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in der Fassung vom 2. September 2002, Tz. 5:

„Wir glauben, dass es vier miteinander verbundene Grundsätze für Kommunen gibt, die allen unseren Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut und zur Errichtung einer gerechten, friedlichen und nachhaltigen Welt in informeller und inhaltlicher Weise zugrunde liegen müssen:

- Erstens, das übergreifende Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung (Integration der ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Dimensionen).
- Zweitens, eine wirkungsvolle demokratische Dezentralisierung (mit einem beträchtlichen Bündel an Kompetenzen und angemessenen finanziellen Ressourcen).
- Drittens, „gute Regierungsführung“ (*good governance*) (wirkungsvolle Führung, Transparenz, Rechenschaftspflichtigkeit und Rechtschaffenheit, ordnungsgemäßes Management und effektive Dienstleistungen, gleichberechtigter Zugang zu Dienstleistungen, Verpflichtung zu partnerschaftlichem Handeln und institutioneller Fortbildung).
- Viertens, Kooperation und Solidarität (Partnerschaften für Erfahrungsaustausch von guter fachlicher Praxis, Unterstützung und gegenseitiges Lernen).

Wir zielen darauf ab, in konstruktiver Weise mit unseren Nationalregierungen, der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten und damit die vorhandene Kluft zu überbrücken. Diese vier genannten Grundsätze wollen wir fördern und unsere Fähigkeiten und unser Können weiter entwickeln.“

NRW-Landesregierung, Eurosolar, den in diesem Bereich tätigen Firmen und anderen auch eine Ausstellung über solares Bauen und regenerative Energien anregen und mittragen⁴. Mit der auch international anerkannten und tätigen Oberbürgermeisterin an der Spitze ist diese Stadt in besonderer Weise berufen, auf der Energiekonferenz die Stimme der Städte und Gemeinden zum Schwingen zu bringen - unterstützt u.a. von der Center for International Cooperation GmbH, den in Bonn beheimateten Servicestellestellen „Kommunen in der Einen Welt“ und „Lokale Agenda 21“ und den relevanten UN-Organisationen in Bonn.

5. Die Profilschärfung des „Zentrums für Internationale Zusammenarbeit Bonn“ und die Stärkung Bonns als internationales Konferenzzentrum könnte - lassen Sie mich dies zum Abschluss nochmals betonen⁵ - vor allem über den Tandembereich Entwicklung und Umwelt erfolgen und damit im Dialog über und in Beiträgen zu einer „nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung“.

⁴ Die Landesinitiative Zukunftsenergien NRW (Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer) und die Energieagentur NRW (Dirk Moberg, Leiter des Impulsprogramms „Bau und Energie“) sind lt. einem Gespräch mit U.H. am 13.11.02 in Bonn zur Mitwirkung bereit.

⁵ So bereits auf der Sitzung des Ratsausschusses für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda am 5. April 2000.

Bonner Rundschau, 21.11.02

Internationaler Ausschuss diskutierte Lokale Politik und der Weltgipfel in Afrika

von STEPHAN BROCKMEIER

BONN. Zum UN-Gipfel in Johannesburg waren an die 60.000 Menschen angereist. Als am Dienstagabend der in Deutschland einzigartige Rats-"Ausschuss für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda" über die Ergebnisse von Johannesburg debattierte, verloren sich gerade einmal sechs echte Zuhörer im Ratssaal. Ist damit die ganze lokale Arbeit für die Katz?

Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD), selbst Mitglied der deutschen Delegation in Südafrika, sah das nicht so, und mit ihr wohl auch die meisten anderen Mitglieder des Ratsgremiums. Von den Zuschauerzahlen bei Ausschusssitzungen auf das Interesse an einer bestimmten Materie zu schließen, sei unzulässig, und das hohe Interesse an Veranstaltungen zur Lokalen Agenda und zur nachhaltigen Entwicklung zeige, dass in der Bevölkerung hohes Interesse bestehe.

Die OB referierte ebenso wie nach ihr der Politikwissenschaftler Uwe Holtz, Unesco-Koordinatorin Eva-Maria Hartmann und Albrecht Hoffmann von der bundesweiten Servicestelle Lokale Agenda 21 über den Gipfel. Greifbare Ergebnisse hatte die lokale Veranstaltung zur globalen Verantwortung naturgemäß nicht, sie war mehr ein Bekenntnis, dass Bonn auf dem richtigen Weg sei.

Bonn soll "Stimme der Städte" sein

Dieckmann würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Erhaltung des Umweltdezernates als eine "sehr wichtige und richtige Entscheidung." Umweltpolitik müsse in Bonn, wo demnächst die internationale Energiekonferenz stattfinden werde, im Mittelpunkt stehen, und Bonn sei inzwischen als Partner in der Welt anerkannt.

Professor Holtz nannte in seinem Beitrag mehrere Perspektiven für die Bundesstadt: Wissenschaft und Forschung müssten sich stärker noch als bisher am Ziel der nachhaltigen Entwicklung orientieren, ebenso die Stadt selbst. Er forderte zudem, die Stadt solle die Energiekonferenz im nächsten oder übernächsten Jahr aktiv begleiten und die "Stimme der Städte zum Schwingen" bringen.

Der Ausschussvorsitzende, Bürgermeister Ulrich Hauschild (FDP), bezeichnete sie Ausschusssitzung im Rückblick als "wertvoll, hochkarätig und anspornend". Hauschild: "Sowohl die Vorträge als auch die Beiträge der Ausschussmitglieder rechtfertigen die Hoffnung auf neue Impulse für die Implantierung des Agenda-Prozesses in die Handlungsbereiche von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in Bonn."

Hauschild gab weiterhin seiner Überzeugung Ausdruck, dass nicht die Regierungen, sondern die Kommunen die Hauptakteure der Lokalen Agenda seien und das Heft des Handelns in die Hand nehmen müssten, indem sie sich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit noch mehr vernetzen und "nachhaltige Verwaltung und Politik von unten her betreiben".